

Rusland.**Centralrussien.****Die Politik der Höfe.****Von unserem Korrespondenten.**

th. Wien, 3. Februar.

Die Beziehungen der Höfe untereinander gelten meist als die freundlichsten, und daß sie bestehen, wird von den Freunden des monarchischen Systems als eine Stütze und Sicherung des Weltfriedens hingestellt. Über Trübungen dieses brüderlichen Verhältnisses zwischen den unterschiedlichen Landeshäuptern erfährt man gewöhnlich erst dann, wenn innerhalb einer langen Zeit des Großen Versuchs zur Verbesserung gemacht werden. So hat denn auch die Entsendung eines Handschreibens Kaiser Franz Josephs an den Zaren, oder vielmehr haben die offiziellen Kommissionen, die ihm folgen, uns allerlei Werkzeugliches über die Beziehungen zur Kenntnis gebracht, die zwischen dem Petersburger und dem Wiener Hofe warten. Nach den offiziellen Darlegungen war eigentlich seit der bosnischen Krise jeder Kontakt zwischen beiden Höfen abgebrochen. Vor allen Zeit trat dies auf, als Kaiser Nikolaus bei seinem Besuch in Italien um Österreich-Ungarn in weitem Bogen herumfuhr. Und es war schon viel und galt schon als Zeichen einer leisen Besetzung, daß voriges Jahr im Herbst Großfürst Andreas, von einer Reise aus den Balkanländern zurückkehrend, in Wien Aufenthalt nahm, während seit Jahren alle Großfürsten Wien gemieden hatten, und während sogar die Beziehungen der Österreichischen zu den Regierungen und Höfen, bei denen sie beklagt waren, sich auf das Allernotwendigste beschränkten.

Das Geheimnis des Handschreibens, das in den nächsten Tagen Prinz v. Hohenlohe nach Petersburg zu überbringen hat, wird natürlich nicht gelüftet. Doch vertraut die Offizialen, es handle sich darum, bei den Gegenläufen, die noch immer zwischen den österreichischen und den russischen Ausfassung in der albanischen Frage warten, einen Ausgleich zu schaffen. Als diese Kriegsgefahr aber am unmittelbaren drohte, in den gewitterhaften Tagen des November, da verfügte gerade das jetzt so geprägte Mittel monarchischer Staatskunst vollständig. Es war am 20. November, der Kaiser wurde in Budapest, durch die Stadt gingen Gerüchte, daß für den nächsten Tag die allgemeine Mobilisierung zu erwarten steht. Der Streit mit Serbien hatte sich aufs äußerste zugezogen, die Truppensendungen nach Galizien nahmen einen großen Umfang an, am nächsten Tage sollte der Thronfolger nach Berlin reisen. In dieser Lage, so vertraut jetzt die Offizialen, tauchte beim Kaiser zum erstenmal der Gedanke auf, durch ein Handschreiben an den Zaren eine Vermittlung zu versuchen. Das Handschreiben war entworfen, zur Absendung fertig. Prinz Hohenlohe, übrigens ein Neffe des gewesenen Reichskanzlers, und als Schwiegersohn des Erzherzogs Friedrich dem Kaiserhause verwandt, war bereit zur Audienz berufen, um das Amt des Überbringers zu erhalten. Im letzten Augenblick ging man aber wieder von dem Plan ab, wahrscheinlich weil man fürchtete, die Antwort des Zaren könnte vielleicht den Erwartungen und Wünschen widersprechen, und die ohnehin verwickelte Lage noch schwieriger machen.

Das Ganze liefert ein Schulbeispiel von dem Wert der persönlich zugänglichen monarchischen Staatskunst. Zu den hochsinnigen Gegenläufen der Orientpolitik mögen sich verschärfend gegenseitige Verstellung. Weil die Petersburger Hofkreise die gehässigen Auseinandersetzungen, die sich zwischen Leopold und Isidor 1908 abspielten, nicht vergessen und vergeben können, stiegert sich der Widerspruch der Interessen bei jeder Erhöhung auf der Balkanhälfte zu einer europäischen Kriegsgefahr. Wer bürgt nun aber heute dafür, daß das Handschreiben wirklich, wie die Offizialen glaubig versichern, allen Haß erweichen und die Gefahr des Konfliktes bannen wird?

Wien, 3. Februar. Die Abendblätter bringen die Nachricht, daß Prinz Gottfried Hohenlohe gestern abend mit dem Expreß nach Petersburg abreiste, um das Handschreiben des Kaisers dem Zaren zu überbringen.

Frankreich.**Präambel für die Wahlreform.**

Paris, 3. Februar. Ministerpräsident Vionnet empfing heute eine Abordnung des Comités der republikanischen Vereinigung für die Wahlreform und erklärte, er werde vor der Senatskommission und vor dem Senat für die Hauptbestimmungen des von der Kammer angenommenen Entwurfs eintreten. Die Abänderungsanträge über die weniger wesentlichen Punkte des Gesetzentwurfs werde er annehmen, vorausgesetzt, daß die Vertretung der Minoritäten gesichert bleibe.

Rußland.**Großer Rat finnischer Landtagspräsident.**

Helsingfors, 3. Februar. Zum Präsidenten des Landtages wurde mit 80 Stimmen der Sozialdemokrat Toloi gewählt. Der frühere Präsident Svinhufvud erhielt 68 Stimmen. Der Finn Ingman und der Schwede Söderholm wurden Vizepräsidenten.

Jahrestagung der britischen Arbeiterpartei.

L. C. London, 31. Januar.

In der Schlussrede der Konferenz wurde beraten

die Wahlkampf der Arbeiterpartei.

Russell Williams (Darlington) begründete eine Resolution, die den Kandidaten der Arbeiterpartei untersagt, die Unterstützung von Politikern zu akzeptieren, die nicht zur Arbeiterpartei gehören oder ihrerseits grundsätzliche Kandidaten oder Organisationen zu unterstützen. Williams fügte hinzu, daß die Resolution insbesondere mit Bezug auf die Wahlkreise der Bergarbeitervertreter von Bedeutung sei. Die folge davon, daß sich die Partei bei ihren Wahlkämpfen die Hilfe bürgerlicher Abgeordneter gefallen lasse, sei die, daß diese sich die Arbeiterkandidaten, die sie unterstützen, sehr gut ausdrücken. Er führt mehrere Fälle an, wo ein und derselbe liberale Politiker den Arbeiterkandidaten eines Wahlkreises bevorzugt unterstellt, während er den Arbeiterkandidaten eines benachbarten Wahlkreises mit aller Macht bekämpfte, je nachdem er mit der politischen Daltung des Arbeiterkandidaten zufrieden war oder nicht. Solche Dinge müssen innerlich in die Partei bringen und sie schließlich breiten. Er machte den Arbeiterabgeordneten keinen Vorwurf. Wir haben es eben mit den Liberalen früher zu tun. Aber wir müssen uns endlich klar darüber werden, daß wir auf diese Weise nicht vorwärts kommen.

Jarris und Meubl (Simmerleute und Tischler) begründeten ein Amendingement, wonach sich das Verbot nur auf bürgerliche Politiker beziehen soll, nicht aber auf Sozialisten und Gewerkschafter, die der Arbeiterpartei nicht angehören.

Shaw (Textilarbeiter) spricht sowohl gegen die Resolution, wie gegen das Amendingement. Er stimmt damit überein, daß Arbeiterkandidaten die Kandidaten anderer Parteien nicht unterstützen sollen, und zwar nicht nur der bürgerlichen Parteien, sondern auch der nicht zur Partei gehörigen sozialistischen Organisationen, denn diese leisteten ebenfalls unter Umständen die Arbeiterpartei ebenso entschädigend wie die bürgerlichen Parteien. Das Wort Sozialismus hat überhaupt keine magische Kraft für ihn; es kommt nicht auf den Namen an, sondern darauf, ob den Idealen und Aspirationen der Arbeiterklasse Ausdruck gegeben wird. "Arbeiterpartei" ist eine ebenso hohe und ehrenvolle Bezeichnung wie "sozialistische Partei". Es ist aber entschieden dagegen, die Unterstützung bürgerlicher Politiker grundlegend abzulehnen. Wir können nicht, die Unterstützung zu schenken, solange die Unterstützung bedingungslos gegeben wird.

Die Konferenz geht über die Resolution zu Tagesordnung über.

Nur vor Konferenzschluß kam es zu einer sehr lebhaften Aus-

einanderbeschreibung über die

Parteiflotte.

Kinniburgh (Elektroarbeiter), der Vertreter einer Gewerkschaft von rund 4000 Mitgliedern, brachte eine Resolution ein, worin der Arbeiterrat für die Unzufriedenheit bei der Abnahme von Arbeitsergebnissen im Unterkörper die Nichtbilligung der Konferenz ausgesprochen wird. Kinniburgh richtete einen sehr heftigen und temperamentvollen Angriff gegen die Arbeiterraktion. Die Räte im Lande sind mit ihr nicht zufrieden. Er will mehr als bloßer Parlamentarismus, die Fraktion solle ihre Stellung im Unterhause dazu benutzen, Propaganda für unsere Grundätze zu machen. Was hat die Arbeiterraktion getan, um die Steuer auf Tee abzuschaffen? Sie hat ruhig ausgegeben, wie die Ladungsklinie der Dampfschiffe im Interesse der Reeder erhöht und damit das Leben Kaufleute von Matrosen geschädigt wurde. Sie hat dem Vorschlag in Irland ein Haus der Rente eingeführt, zugesummt. Warum haben die 40 Männer, die mir aus unserer eigenen Flotte ins Parlament geschickt haben, nicht ihr Bestes getan, um unsere Emancipation herbeizuführen. Wenn das der Erfolg 20jähriger Arbeit ist, dann möge Gott dem Wolfe befehlen.

Bulter (Staatsarbeiter) unterstützt die Resolution, weil die Fraktion nicht genug im Interesse der Staatsarbeiter getan habe. Unter der konservativen Regierung, als nur drei Arbeitervertreter im Parlament waren, hätten die Staatsarbeiter wertvollere Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen durchsetzen als unter der liberalen Regierung mit 40 Arbeiterrabgeordneten.

Ammos (Postbote) und ein Delegierter der Arsenalarbeiter von Woolwich widersprechen Bulter und erklären mit grohem Nachdruck, daß die Arbeiterraktion sich jederzeit mit der größten Energie für die Staatsarbeiter eingesetzt und auch sehr wertvolle Konzessionen errungen hat. Im ähnlichen Sinne verteidigt Parteiführer Abgeordneter Henderson die Fraktion.

Fred Kneec (Londoner Gewerkschaftsleiter, Abgeleiter an der Justiz) unterstützt die Resolution, obwohl er der Fraktion nicht den Vorwurf der Unzufriedenheit machen möchte. Sie sei im Gegenteil viel zu lässig gewesen, aber in unbekümmerten Fragen. Sein Vorwurf gegen die Fraktion ist der, daß die Arbeiterpartei nicht denselben Charakter trage, wie die Arbeiterparteien in den festländischen Parlamenten, mit einem Wort, daß sie keine sozialistische und keine revolutionäre Partei sei.

Smillie (Bergarbeiter): Kinniburghs Angriffe hätten nur dann eine Berechtigung, wenn die Arbeiterpartei — wie er, Smillie, mit ganzem Herz wünsche — eine revolutionäre sozialistische Partei wäre. Das ist sie aber nicht, sondern sie ist ein Kompromiß zwischen Gewerkschaftern und revolutionären Sozialisten. An diesem Punkt müssen wir ihre Leistungen messen. Die Arbeiterraktion hat bereits eine ungeheure Arbeit im Interesse der Gewerkschaften und des ganzen Volkes geleistet. Er ergebt wieder die Gelegenheit, den Arbeiterraktion den Dank des Bergarbeiters für die hingebungsvolle und tapfere Arbeit, die sie ihnen bei ihrem großen Kampfe geleistet hat, auszusprechen. Als revolutionärer Sozialist sieht er auf dem Standpunkt, daß wir die Arbeiterraktion nur so in den revolutionären Raum vorwärts treiben können, daß wir im Volke für unsere Grundätze agieren. Aber wenn wir hier der Arbeiterraktion unsere Nichtbilligung aussprechen, würden wir nur erreichen, daß sich das Volk aller gründlichsten Arbeiterspolitik abwenden.

Die Resolution wurde mit allen gegen 14 Stimmen abgelehnt. Aus den übrigen Verhandlungen möchten wir nur hervorheben, daß eine Resolution, die die Zurückziehung des Krankenversicherungsgesetzes und die Einführung eines beitragslosen Verkehrsungsgesetzes verlangt, mit großer Mehrheit angenommen wurde. Angenommen wurde ferner die wichtige Resolution, die sich dafür ausspricht, daß die Gewerkschaften im Zukunft Lebensverpflichtungsgesetze übernehmen sollen. Andere wichtige Resolutionen fordern Bodenreform, das Strafrecht, ein gesetzliches Eigentumsmínimum, Verstaatlichung des Bergbaus, der Eisenbahnen und des Gruns und Bergbaus. Jur

Kriegsgefahr und zur Kriegsgefahr

wurde die folgende von der Arbeiterpartei und der F. D. P. eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

Die Konferenz protestiert auf schärfste gegen den Militarismus in allen seinen Formen und erklärt, daß es im Interesse der Arbeiter der ganzen Welt ist, daß sie jeden möglichen Druck auf ihre Regierungen ausüben, um die schädige gerichtliche Schlichtung internationaler Streitigkeiten zu sichern. Sie fordert die zur Arbeitersklasse gehörigen Frauen und Männer auf, bei diesem Zweck dadurch mitzuwirken, daß sie ihre Kinder beladen über die Bedeutung der internationalen Arbeitersolidarität und über die Notwendigkeit, die Energie der Nation von dem Militarismus ab, und der Befreiung der Arbeiter aller Länder von der Furcht der Armee zu zugelenken.

Zum Tagungsort der nächsten Jahrestagung wurde Glasgow in Schottland bestimmt.

Sport und Weiterbericht vom 4. Februar 1913.

(Mitgeteilt v. Verein zur Förderung Dresdens u. des Fremdenverkehrs)

Ort	Gelege- lage in m	Tempera- tur in °C	Ha- rte in cm	Sportverhältnisse Modell für Elf	Witterung
Altenberg	750	+ 2	21-30	ungünstig	möglich
Annaberg	602	+ 6	—	—	do.
Augsburg	505	+ 4	—	—	wolfslos
Bad Elster	401	+ 5	—	—	Wind bedeut
Bärensels	700	—	—	—	—
Eibenstock	650	+ 4	—	—	leicht
Görlitzberg	1214	- 9	06-200	gut	bewölkt
Geising	600	+ 3	bis 10	—	bewölkt
Hohenstein	800	+ 4	11-20	ungünstig	bedeut
Alsborsdorf	594	+ 9	50-10	—	do.
Oberwiesenthal	913	+ 3	31-40	gut	do.
Oybin	580	+ 6	50-10	gut	ungünstig
Reichenbach	778	+ 2	11-20	gut	do.
Schmied	768	+ 2	50-10	—	do.

Dresdner Polizeibericht vom 4. Februar.**Bericht der Landespolizeipolizei.**

Am 29. Januar 1913 vermitteilt hat in Kreuz ein unbekannter junger Mensch aus Böhmen bei einer Vermieterin wegen einer Schafstelle nachgefragt und dabei erfahren, daß dort ein Mädchen aus sich wähne. Am anderen Morgen, nachdem das Mädchen auf Arbeit gegangen war, ist er wiedergekommen und hat mit vorgeschnittenem Erbarmen dieses Mädchens, seiner Landsmannin, wie er sagte, einen Brief verlangt, der in dessen Kammer liegen sollte. Die Vermieterin hat den Unbekannten haben begleitet, dieser aber hat plötzlich auf sie eingeschlagen. Sie ist in eine Nebenkammer geflüchtet und der Unbekannte hat dann gejagt. Dort hat die Frau mit einem Eisen dem Mörder auf den Kopf geschlagen, daß sie bewußtlos zusammenbrach. Sie kam mit dem Kopf unter ein Bett zu liegen. Diesem Umstande sie lieb Leben verbannt, da der Unbekannte von weiteren Schlägen abließ. Die Frau kam wieder auf Bewußtsein und entfloß unter Hilferufen. Darauf ergriff auch der Unbekannte die Flucht. Die von der Staatsanwaltschaft mit der Verfolgung des Täters beauftragte Brigade der Landespolizeipolizei zu Plauen brachte durch Nachfrage in den Nachbarhäusern in Erfahrung, daß der Unbekannte auch dort nach einer Schafstelle gefragt und doch ausfällig ein Schafmädchen im Hinterhalt des Unbekannten den Namen Franz Benesch gelesen hatte. Der Name erwies sich als richtig und infolge der telegraphischen Erfüllung des Bruders gelang in Eger durch die städtische Polizei die Festnahme des Verdächtigen, dessen Kleidung noch mit Blut befleckt war. Er hat die Tat bereits eingestanden. Er ist 21 Jahre alt und erst am 22. Januar 1913 aus der Strafanstalt zu Waldau nach Verbüßung einer 1½-jährigen Gefängnisstrafe wegen Rückfalls entlassen worden. Die Vermieterin befindet sich auf dem Wege der Besserung.

Der Fabrikarbeiter Robert Denzow, Marlenstraße 16, bittet uns bekannt zu geben, daß der von uns im Polizeibericht gemeldete Unfall an einer Fabrikseinfriedung in der Wildenauer Vorstadt nicht in seinem Betriebe vorgekommen ist.

Wetterbericht vom 4. Februar.
Wien, 4. Februar, mittags 12 Uhr.
Barometer 768. Schöner Wetter.
Thermometer + 8° R.
Thermometerograph: Min. + 4°. Maxim. + 7°.
Höhenmeter 72. Wetterstand.

Prognose der städtischen Wetterwarte
für den 5. Februar.

Südwestwind; zeitweise aufheimernd; mild; Nachlassen der Niederschläge.

Wetterlage: Der Stern tiefe Druck liegt an der nordwestlichen Küste und zeigt weniger als 730 Millimeter Barometerstand. Hoher Druck breitet sich im Süden und Südwesten aus und erreicht 775 Millimeter Barometerstand. Das Druckgefälle ist also ein erhebliches. Die Winde wehen allenthalben lebhaft, an der Ostküste sogar stürmisch. Der Einfluß des Tieffs ist maßgebend. Die Winde entflammen zeitig nach dem Sonnen und bringen trüb, mildes Wetter mit Niederschlag. Mit der Entfernung des Tieffs wird eine allmäßliche Besserung des Wetters.

Letzte Telegramme.**Belagerung von Adrianopol.**

Wien, 4. Februar. Die Neue Freie Presse erfaßt authentisch aus Sofia, daß gestern um 8 Uhr die Kanone von Adrianopol besessen habe. Regierungsetätig wird diese Meldung bestätigt.

Die deutsch-englische Verständigung.

London, 4. Februar. Daily Telegraph betont die Bedeutung der neulichen Rede des Fürsten Lichnowsky. Die Gleichheit der Empfindungen gegenüber Großbritannien, sagt das Blatt, der der Botschafter Ausdruck gab, wird von uns herzlich empfunden. Besonders außerordentlich verdient die Tatsache, daß nach der Ansicht des Botschafters die Beziehungen beider Länder nie bestreitigendere gewesen sind, als gegenwärtig. Tatsache ist, daß sowohl England als auch Deutschland jüngst bedeutende Aufgaben zu erfüllen hatten, die durch die Neutralität des Ziels die beiden Regierungen enger zusammengebracht haben. Es kann gar kein Zweifel sein, daß eine freundschaftliche Verständigung auf gemeinschaftlicher Basis von großem Vorteile nicht nur für die beiden Länder, sondern für ganz Europa sein würde.

Ein betrügerischer Steuerzahler.

Paris, 4. Februar. Vor kurzem wurde der Gemeindebeamte Olivier in La Seine-sur-Mer bei Toulon in seinem Arbeitszimmer getötet und gefesselt aufgefunden. Er erzählte, daß zwei Einbrecher ihn überfallen und aus der Gemeindekasse 20.000 R. geraubt hätten. Infolge der Anklage einer Versicherungsgesellschaft, bei der Olivier gegen Diebstahl versichert war, wurde gegen ihn eine Untersuchung eingeleitet, die Anklagepunkte dafür bot, daß der Diebstahl fingiert worden ist. Olivier wurde gestern verhaftet.

Streik der Weinbergarbeiter in Oepnay.

Paris, 4. Februar. Wie aus Oepnay gemeldet wird, ist unter den Arbeitern der dortigen Weinbergsarbeiter wegen Verweigerung der